

DEMO

GEGEN DIE ENTRECHTUNG VON MIGRANT*INNEN

www.wo-unrecht-zu-recht-wird.ch

**SAMSTAG,
3. JUNI 2017
14 UHR —
HELVETIAPLATZ ZÜRICH**

Bewilligung eingereicht

Unterstützende Organisationen: Aktivistin, Alternative Liste, augenauf Zürich, Autonome Schule Zürich, Bewegung für den Sozialismus Zürich, Bleiberecht-Kollektiv Zürich, Democratic Youth Union of Iranian Kurdistan Schweiz, Demokratische Juristinnen und Juristen Zürich, Demokratische Partei Kurdistan Iran-Schweiz (Pdki Swiss), Eritrean Youth Movement for Change in Switzerland, Ethiopian Human Right and Democracy Task Force in Switzerland, Freiplatzaktion Zürich, HDK (Kongress der demokratischen Völker), Jesuiten-Flüchtlingsdienst Schweiz, Juso Zürich, KriPo (Kritische Politik) Zürich, kritnet Schweiz, Kritische Jurist*innen Uni Zürich, Maxim Theater, Oromo Community in Switzerland, Salon Bastarde, Somalischer Kulturverein Zürich, Somali Swiss Diaspora, solidarité sans frontières, Solinetz Zürich, SPAZ (Sans Papiers Anlaufstelle Zürich), Tibetische Sans-Papiers-Gemeinschaft Schweiz, Union of Oromo Students, Verband der Sudanesischen und Sudanesen Zürich, WeGe27, Welcome to Europe!, Watch The Med Alarmphone

Wo unrecht zu recht wird ...

Demo am 3. Juni gegen die Entrechtung von Migrant*innen

Die Rechte von geflüchteten Menschen werden immer wieder angegriffen. Ob auf Bundes- Kantons- oder Gemeindeebene. In Asylzentren werden die Geflüchteten mit Anwesenheitskontrollen und Handyverboten schikaniert. Gelder für Deutschkurse werden gekürzt, die Teilhabe an der Gesellschaft wird erschwert.

Das Bündnis «Wo Unrecht zu Recht wird» ruft zu einer breiten, farbenfrohen, kreativen und kämpferischen Demo am 3. Juni auf! Solidarisch wollen wir ein lautstarkes Zeichen gegen den andauernden Prozess der Entrechtung von Migrant*innen setzen. Unabhängig von Herkunft oder Aufenthaltsstatus wollen wir als betroffene und sich solidarisierende Menschen gemeinsam gegen den Prozess der Entrechtung kämpfen.

Wir fordern das Recht auf soziale Unterstützung

Das Zürcher Parlament hat beschlossen, allen Geflüchteten mit F-Ausweis das Recht auf Sozialhilfe abzusprechen. Ohne das Geld der Sozialhilfe haben Geflüchtete weniger Möglichkeiten, am Gesellschaftsleben teilzunehmen und werden weiter isoliert. *Wir fordern Zugang zu den gesellschaftlichen Ressourcen, denn vorläufig Aufgenommene sind ein fester Bestandteil unserer Gesellschaft.*

Wir fordern das Recht auf Bewegungsfreiheit

Die Entrechtungspolitik trifft abgewiesene Asylsuchende am stärksten. Im Kanton Zürich entzog ihnen Sicherheitsdirektor Mario Fehr (SP) das Recht auf Bewegungsfreiheit. Seit Frühling 2016 werden überall im Kanton Eingrenzungen verfügt: Die Betroffenen dürfen das Gebiet ihrer Gemeinde oder ihres Bezirkes nicht mehr verlassen. Die 8.50 CHF Taggeld erhält seit März dieses Jahres nur noch, wer in der Notunterkunft (NUK) übernachtet und zwei Mal am Tag mit einer Unterschrift belegt, anwesend zu sein. *Wir fordern, dass die unmenschliche Entrechtungspolitik des Kantons rückgängig gemacht wird.*

Wir fordern einen ernstzunehmenden Umgang mit sexualisierter Gewalt

70% der Frauen*, die einen Antrag auf Asyl stellen, geben an, Gewalterfahrungen erlebt zu haben. Geschlechtsspezifische Gewalterfahrungen werden im Asylentscheid zu wenig berücksichtigt. Auf der Flucht sind Frauen* sexueller Gewalt, Belästigung und Ausbeutung ausgesetzt und häufig auch traumatisiert. *Wir fordern, dass traumatisierte Frauen* nicht in Länder abgeschoben werden, in welchen keine psychologische Behandlung gewährleistet ist. Ausserdem müssen die Unterkünfte geschlechtersensibler gestaltet und die Betreuer*innen besser geschult werden.*

Wir fordern das Recht auf einen legalen Aufenthaltsstatus

Gemäss Schätzungen leben ungefähr 28 000 Sans-Papiers im Kanton Zürich. Wer keine Aufenthaltsbewilligung hat, muss am Rande der Gesellschaft leben. Wegen der Angst, verhaftet und ausgeschafft zu werden, können sich Illegalisierte schlecht gegen Gewalt wehren und von Vermieter*innen und Arbeitgeber*innen leicht ausgebeutet werden. *Wir fordern gleiche Rechte für alle und die sofortige Regularisierung aller Sans-Papiers.*